Posener Zeitung.

№ 303. Freitag den 29. December. 1848.

Inland.

Berlin, den 27. Dec. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Geheimen Legations-Rath de la Croix zu Berlin, so wie dem Ober- und Geheimen Regierungs-Rath Kloß bei der Regierung zu Köln, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Katholischen Pfarrer Schumacher zu Verene und dem pensionirten Bataillons-Arzte Rheinhart zu Koblenz den Rothen Adler-Orden vierter Klasse: desgleichen dem Kantor und Schullehrer Witte zu Schernikau, im Regierungs-Bezirk Magdeburg, das Allgemeine Ehrenzeichen; den Justiz-Kommissarien und Notarien Heidsieck zu Halle a. R. und Grän zu Brackel den Charakter als Justiz-Rath; dem Kurfürstlich Hessischen Hofmarschall von Heeringen den St. Johanniter-Orden zu verleihen.

Se. Majestät der König haben bei dem Ausscheiden des Wirklichen Geheimen Ober-Justizraths Dr. Simon aus seinen bisherigen Stellungen als vortragender Rath im Justiz-Ministerium und als Rath bei dem Rheinischen Revisions- und Cassationshofe Allerhöchst bestimmt, daß derselbe den Vorsitz bei der Immediat-Justiz-Examinations-Kommission noch ferner behalte, und ihm zugleich den Charakter eines Präsidenten dieser Kommission zu verleihen geruht.

Se. Excellenz der Herzoglich Anhalt-Dessauische Wirkliche Geheime Rath und Vorsitzende im Staats-Ministerium, Dr. Habicht, nach Deßau abgereist.

☾ Posen, den 28. December. Wenige Tage noch, und das Jahr 1848 wird scheiden! Seien wir gerecht gegen dasselbe; es hat viel Gutes gewirkt, und wenn es sich zu schwach gefühlt, seine Mission zu vollenden, so handele es gleich manchem Monarchen klug, das Weitere seinem jüngeren kräftigeren Nachfolger zu überlassen. Das Jahr 1849 soll die geschürzten Knoten lösen, gebe Gott! daß es seiner Aufgabe sich gewachsen zeigt. Wir sind auf Alles gefaßt, und Deutschland wird sich seiner Söhne nicht zu schämen haben; an uns soll es nicht liegen, wenn auch das Jahr 1849 abdanken muß, ohne das civilisirte Europa geordnet zu haben. Verlangt es Krieg: gut! wir werden uns schlagen, und freudig unsre Söhne und Brüder gegen die Armeen senden, denen das herrliche, einige Deutschland ein Gräuel, die Größe Preußens ein Dorn im Auge ist. Genügen ihm mildere Mittel: noch besser! friedlich werden wir dann unsre inneren Kämpfe ausfechten, und der Vorsehung danken, daß sie uns die Fähigkeit zu irren, die Kraft zur Wahrheit zu gelangen, verliehen hat. Aber eben weil wir auf äußere Kämpfe gefaßt sein müssen, haben wir vor Allem unsere eigenen staatlichen Zustände ins Auge zu fassen: ein einiges Deutschland mit einem starken Preußen sei unser Wahlspruch. Vergessen wir nie, daß, wenn wir dies erreicht, eine Welt uns nicht zu besiegen vermag; verhehlen wir uns aber auf der anderen Seite auch nicht die Schwierigkeit dieser Aufgabe. Unzählig sind die Partheispaltungen; vom rothen Republikaner bis zu dem abgelebten am politischen Krückstock humpelnden Reaktionair, alle Schattirungen wollen einwirken auf die Gestaltung des Vaterlandes; wir müssen sie zum Theil bekämpfen, dürfen sie aber alle achten, so lange sie aus Ueberzeugung, aus Liebe zur Sache handeln, denn der Irrthum führt zur Wahrheit, und wohl dem Lande, in welchem jeder Bürger den Muth hat, seine Ansicht, und sei es die falscheste, offen auszusprechen, indem aber dann auch jede Meinungsverschiedenheit schweigt, sobald es darauf ankommt, das Vaterland zu schützen.

Das Recht und die Pflicht jedes freien Mannes, seine politische Meinung zur Geltung zu bringen, kommt namentlich bei uns Preußen in den ersten Monaten des neuen Jahres zur praktischen Anwendung. Das Land soll die Männer nach Berlin senden, welche seinen Willen der Krone gegenüber vertretend, mit dieser vereint die Revision der Verfassung zu bewirken, und dem Staate Festigkeit nach Innen und Außen zu geben haben werden. Wir dürfen erwarten, daß jede Partei Männer ihrer Farbe in die Kammern zu bringen sich bemühen wird, und wollen hoffen, daß die Zusammensetzung derselben die wahre Majorität des Volkes, nämlich die konstitutionelle Monarchie auf demokratischen Grundlagen repräsentiren wird. Während wir nun den Anforderungen unseres ganzen engeren Vaterlandes Rechnung tragen, und wünschen, daß jeder Preuße seine Aufgabe richtig erfasse, erscheint eine besondere Berücksichtigung unserer Provinz Posen in Betreff dieses großen Werkes vor Allem erforderlich. Gehörten die Bewohner alle Einer Nationalität an, der Inhalt der nachfolgenden Zeilen würde zuversichtlich ein anderer sein; wir würden mit offenem Visire, der Sache Feind der Person Freund, uns in die Reihen der politischen Kämpfer stellen, würden statt den Parteienkampf zu dämpfen, ihn vielmehr nach Möglichkeit anfachen, um so den politischen Willen der Majorität zur offenen Geltung zu bringen, und den Indifferentismus unschädlich zu machen. Die Sachen stehen indeß bei uns anders; die Verhältnisse erheischen eine verschiedene Taktik, je nach der Eigenthümlichkeit der einzelnen Wahlbezirke. Zu beneiden sind in dieser Beziehung diejenigen, in welchen das deutsche resp. das polnische Element die unzweifelhafte Oberhand hat; dort werden deutsche resp. polnische Abgeordnete gewählt, und jeder Stimmberechtigte hat seine politische Ansicht rücksichtslos zu verfechten. Eine große Anzahl der Wahlbezirke ist indeß gemischt; die Majoriät zweifelhaft; und wenn auch dort das deutsche Element in seiner Mitte den Parteien-Kampf eröffnet, wenn die sogenannten Demokraten einen Demokraten, die sogenannten Conservativen einen Conservativen durchbringen wollen, so werden beide geschlagen, und es wäre doch in der That kein ganz übles Schauspiel, wenn z. B. die deutsche Stadt Posen sich eines polnischen Deputirten zu erfreuen hätte. Dahin kommt es aber, wenn die Deutschen nicht alle für Einen und Einer für Alle stehen. Lernen wir von unseren Gegnern einträchtiges Zusammenhalten, wenn uns gleich nicht zuzumuthen ist, daß wir die zu diesem Zweck angewandten Mittel gutheißen. Wir haben keine Geistlichen, welche das Seelenheil ihrer Pfarrkinder mit deren nationaler Geltung identificiren, und dennoch werden wir siegen, wenn es uns wahrhaft Ernst ist, wenn wir uns überwinden unsere politische der nationellen Meinung unterzuordnen, wenn wir uns recht klar vor die Augen stellen, daß für die Freiheit des Vaterlandes Millionen, für unser Deutschthum nur wir einstehen, und daß die Welt die Nationalität eines Bezirkes nach dem Deputirten beurtheilen wird, den er in die Kammern sendet. In Berlin haben die frühere Rechte und Linke jede ein Wahlkomité gebildet; wir dürfen uns mit keinem derselben in Verbindung setzen; in der Provinz bestehen konstitutionelle Clubs mit mehr progressistischer, Vereine für König und Vaterland mit mehr konservativer Richtung; keine dieser Verbindungen darf in den zweifelhaften Bezirken die Wahlangelegenheit leiten wollen, denn ohne Unterstützung der entgegenstehenden Minorität wird sie auf alle Fälle geschlagen. In dieser Beziehung können wir die in Posen bestehenden politischen Vereine als Beispiel aufstellen. So scharf sie sich sonst gegenübertreten, hier haben sie ihre Aufgabe richtig erfaßt; sie betheiligen sich als Ganzes bei den Wahlen durchaus nicht. Ist nun aber eine Instanz nothwendig, welche die ganze Wahlangelegenheit in die Hand nimmt, so finden wir diese in der deutschen Verbrüderung, welche nach Inhalt ihres Programmes ohne Ansehung der politischen Meinung nur das Deutschthum als solches verficht. Sind wir recht berichtet, so ist auch der Hauptverein bereits in voller Thätigkeit; er betreibt die allgemeinen Schritte selbst, während die unmittelbare Leitung der Wahlen den Bezirksvereinen überlassen bleibt, deren Bildung, dort wo sie noch nicht bestehen, wir jetzt um so dringender anempfehlen müssen. Wenn wir nun noch besonders die Stadt Posen ins Auge fassen, so bedarf es hier gewiß nur der Mittheilung, daß dieselbe dies Mal nicht allein, sondern mit dem Kreise und zwar 2 Deputirten wählt, und daß ⅔ der aus dem Kreise kommenden Wahlmänner zuversichtlich Polen sein werden, um die Deutschen zur äußersten Eintracht zu bewegen. Unsere Gegner entwickeln bereits alle Streitkräfte; die Gazeta polska, welche sich auch für das künftige Jahr als Organ der Liga ankündigt, und in ihrer No. 227. die jüngste Amnestie „nur eine Falle für Leichtgläubige" zu nennen beliebt, wendet sich in der No. 228. „an diejenigen Bürger besonders, welche sich in den Kreisen mit den Wahlen beschäftigen", (!) und giebt in der No. 229. als Weihnachtsgeschenk folgenden Artikel:

„Es ist eine Broschüre erschienen als Abdruck aus dem Przegląd poznański: über die künftigen Wahlen zum Berliner Reichstage. Der Przegląd beleuchtet diese wichtige Frage von seinem Standpunkt, und führt auf folgende Erfordernisse einer Candidatur:

1) der Candidat verpflichtet sich zur gänzlichen Unabhängigkeit von den deutschen Parteien und Arbeiten.
2) der Candidat verspricht vollständige Eintracht mit seinen polnischen Collegen zu bewahren.
3) der Candidat erkennt als den Führer der polnischen Fraktion, bestehend aus den Mitgliedern beider Kammern, den Herrn Gustav Potworowski an, welcher die polnische Sache, getrennt von allen anderen Aufgaben, am klarsten im Angesicht der deutschen entwickelt.
4) der Candidat erklärt, daß er auf dem Wege der religiösen Freiheit das Interesse der katholischen Kirche wahren wird.

CC Berlin, den 24. December. Die Präsidentenwahl in Frankreich ist wohl kaum eifriger und im entgegengesetztern Sinne besprochen worden, als die Wahl des künftigen Oberhauptes des neuen Deutschen Reiches; während uns vor kaum acht Tagen die Zeitungen nur von Anerbietungen berichteten, welche von Frankfurt aus in Potsdam gemacht sein sollten, bringen uns dieselben Blätter heute nur Nachrichten von trüben Machinationen an der Isar und Donau gegen eine mögliche Hegemonie Preußens. Als ob diese Hegemonie Preußens in Deutschland, diese Vertretung Deutscher Ehre, Deutscher Kraft und Tapferkeit durch Preußen gegenüber von Europa, gegenüber der ganzen Welt nicht schon seit beinahe zwei Jahrhunderten, wenn auch nicht gerade diplomatisch anerkannt, so doch in der Wirklichkeit bestanden hätte! als ob es überhaupt hätte anders sein können! Oesterreich und Preußen, diese beiden Großmächte Deutschlands, um welche allein die Frage der künftigen Suprematie sich dreht, hatten allerdings in ihren Anfängen für Deutschland dieselbe Bedeutung, wie weit aber sind sie in ihrer Geschichte auseinander gegangen? Beide Staaten begannen als Marken, d. h. als Grenzwächter und Träger Deutschen Volksthums und Wesens gegen die Barbarei des Ostens. Die Mark Brandenburg hat ihre Aufgabe vollständig gelöst, die Oesterreichische Mark nur halb. Es lag nicht an dem Willen der Regierungen, es war in der Natur der Deutschen Stämme, welchen der Lage der Dinge nach die Propagation Deutschen Wesens in Nordost und im Südost anheimfallen mußte, begründet. In Oesterreich waren es Bayern und Schwaben, zwei ehrenwerthe Deutsche Völker, die ihr Deutschthum zu bewahren verstanden; in den Brandenburgischen Marken, in den Ländern an der Mittel-Elbe, an der Oder und am Pregel waren es vorzugsweise Söhne des alten Sachsenstammes, die bei ihrer allmähligen Ausdehnung nach Osten nicht allein ihr Deutschthum bewahrten, sondern vermöge der ihnen einzig und allein innewohnenden Kolonisationskraft Allem um sich her den Deutschen Stempel aufdrückten. Man erinnere sich, daß es dasselbe Geschlecht ist, welches England germanisirte und von da aus die ganze Erde mit Kolonien und neuen Reichen überspinnt. Daher die bereits vollendete oder nahe bevorstehende vollständige Verdeutschung aller Preußischen Länder und die nur halbinsel- und inselartige Versplitterung Deutscher Gruppen im Oesterreichischen Staate. Der Erwerb der Ungarischen und Italienischen Länder, noch mehr die lange Verbindung mit Spanien ließen den Schwerpunkt Oesterreichs ganz und gar außerhalb Deutschlands fallen; Preußen konnte keine ähnliche Verbindungen und

Erwerbungen machen, einzig auf die Sympathien in Deutschland war es hingewiesen, wenn es wie Oesterreich als Europäische Macht auftreten wollte. Es trat als solche auf, in dem Augenblicke, wo Deutschland als solche unterging. Ohne dies Auftreten Preußens, wo wäre die Ehre des Deutschen Namens geblieben seit dem Westphälischen Frieden? Preußen rettete den Deutschen Kriegsruhm, denn es erfocht seine Siege mit Deutschen Soldaten, während Oesterreich seine Schlachten mit Ungarn, Kroaten und Italienern schlug. Oesterreich ließ während seines Kaiseramtes in Deutschland ein Stück des Reiches nach dem andern abhanden kommen, es benutzte diese Würde nur, um in den Kriegen für das Interesse seines Hauses an den Deutschen eine Vorhut oder einen Rückhalt zu haben, wie es in neuester Zeit sein Uebergewicht am Bundestage klug gebrauchte, um durch die Unterdrückung der Freiheit in Deutschland die eigenen Völker in der Knechtschaft zu erhalten. Die Einheit Deutschlands hat es nie und nirgends gefördert, so wenig wie die Einheit seiner eigenen Völker. Divide et impera! war beständig das Geheimniß seiner Regierungsweisheit. Wie so ganz anders Preußen! Wo sich immer Gelegenheit bot, stand es ein für Deutschland. Nachdem es sein eignes Hauptland der Polnischen Suprematie entwunden hatte, befreiete es Deutschland von dem Einflusse Schwedens und Frankreichs dem es seit dem 30jährigen Kriege erlegen war. Selbst gegen Oesterreich mußte es Baiern retten, und als das Deutsche Reich immer morscher wurde, versuchte es ein zeitgemäßeres und solideres Gebäude in dem Fürstenbunde zu begründen. Als wir zu Anfang dieses Jahrhunderts zum zweitenmale Frankreich erlagen, war es Preußen, das in der Befreiung des Vaterlandes voranging. Nachher bereitete es durch Gründung des Zollvereines die mit diesem Jahre begonnene Deutsche Einheit vor, und als der Ruf nach Vereinigung aller Deutschen Stämme laut wurde, stand Preußen keinen Augenblick an, jene seiner Provinzen, die bisher nicht zu Deutschland zählten, mit Deutschland zu vereinigen; es stand nicht an, seine Truppen nach Schleswig zu senden und sein eignes Küstengebiet, seinen Handel einem zur See weit überlegenen Feinde preis zu geben, während Oesterreich mit diesem Feinde nach wie vor in ungestörten freundschaftlichen Beziehungen blieb. Und wie ist die Lage in diesem Augenblick? Preußen verlangt nicht nach der Deutschen Kaiserkrone, aber nach der Einheit Deutschlands. Das Deutsche Volk fühlt, daß es nur durch Vereinigung mit Preußen stark und geachtet sein kann und Oesterreich — intriguirt gegen diese Vereinigung, gegen die Einheit unseres schönen Vaterlandes, wie es 33 Jahre lang gegen seine Freiheit intriguirt hat!

Köln, den 23. Decbr., 2 Uhr Nachmittags. So eben ist nach dreitägiger Verhandlung der Prozeß gegen die drei Angeklagten Dr. A. Gottschalk, F. Anneke und Chr. J Esser beendet. Den Geschwornen waren folgende Fragen vorgelegt: 1) Ist der Angeklagte A. Gottschalk schuldig, im Laufe des Jahres 1848 durch Reden in öffentlichen Versammlungen, so wie durch Druckschriften, seine Mitbürger zu gewaltsamer Aenderung der Staats-Verfassung, zu bewaffneter Auflehnung gegen die Königliche Macht, zur Bewaffnung eines Theiles der Bürger gegen den anderen geradezu gereizt zu haben, ohne daß jedoch jene Anreizungen einen Erfolg gehabt haben? — Antwort: Nein, der Angeklagte ist nicht schuldig. 2) Ist der Angeklagte F. Anneke schuldig ꝛc. ꝛc.? Antwort: Nein, der Angeklagte ist nicht schuldig. 3) In der Angeklagte Chr. J. Esser schuldig ꝛc. ꝛc.: Antwort: Nein, der Angeklagte ist nicht schuldig. Unter großer Aufregung und Theilnahme des im ganzen Saale dicht gedrängten Publikums wurden die Angeklagten sofort in Freiheit gesetzt.

— In dem Prozesse wegen des Gefangenen-Aufstandes vom 11. April d. J. haben sich bittere Klagen gegen die Verwaltung unsers Gefangenhauses kundgemacht, die, nur halb begründet, mehr als empören. Die Angeklagten bestanden auch alle darauf, daß der Hunger und die mehr als viehische Behandlung sie zu dem Entschlusse getrieben, sich zu befreien. Die Gefangenen, welche als Zeugen vernommen wurden, stimmten alle in ihren Klagen überein; einer erklärte sogar, daß er sich schon oft Sägemehl in seine Suppe gethan habe, um wenigstens etwas in den Magen zu bekommen. In wie weit diese Klagen gegrüdet sind, wissen wir nicht; ganz aus der Luft gegriffen sind sie keinen Falls.

— Noch sind die jedenfalls sehr bedeutenden Verluste nicht verschmerzt, welche das Publikum durch den wie es scheint, schon jahrelang vorbereiteten Betrug des entwichenen Notars Stoppenbach erlitten und schon steht, wenn man den Mittheilungen trauen darf, die seit einigen Tagen ganz öffentlich kursiren, abermals unter den Notaren ein Ereigniß bevor, das selbst in weiteren Kreisen sehr fühlbar werden dürfte. Einer unserer bedeutendsten Nozare, derselbe, der noch kürzlich die Versteigerung des A. Schaaffhasenschen Vermögens effektuirte, soll dem Sturze nahe oder schon gestürzt sein. Von Betrug ist übrigens in diesem Fall in keiner Weise die Rede; der Betroffene ist vielmehr ein anerkannter Ehrenmann.

Gießen, den 21. Dec. Der vaterländische Verein hierselbst hat einstimmig eine Adresse an die Reichsversammlung in Frankfurt beschlossen, in welcher die entschiedene Ueberzeugung ausgesprochen wird, man könne eine sichere Bürgschaft der vollständigen Durchführung und Erhaltung der Märzerrungenschaften zur Einheit, Wohlfahrt und Freiheit Deutschlands im Innern wie nach außen, namentlich gegen mögliche Constellationen in Frankreich, nur darin finden, wenn Preußen an die Spitze Deutschlands gestellt werde.

Frankfurt a. M. den 22. Dec. 142ste Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Präsident Ed. Simson ist im Hause anwesend und eröffnet die Sitzung. In dem heute vertheilten Berichte des Prioritäts- und Petitions-Ausschusses ist u. A. der Eingang folgender literarischen Gaben verzeichnet, die wir ihrer Absonderlichkeit wegen erwähnen:

„Mathematischer Blick auf unsere Zeit durch v. Klein, übergeben durch die Buchhandlung Halenza in Bingen, worin durch geometrische Figuren gezeigt wird, daß der Fürst die Spitze, das Volk und das Ministerium gleich weit vom Fürsten entfernt, die Basis bilden müssen.“ „Abhandlung des Schauspiel-Direktors Nachtigal in Halle, wodurch die Errichtung deutscher National-Bühnen, frei von jedem Eintrittsgelde, und eine zu diesem Ende einzuführende Besteuerung der wohlhabenden Klasse vorgeschlagen wird.“ Sodann ein Gesuch des Buchdrucker-Gehülfen Barth zu Erfurt um die Erlaubniß, „in Deutschland ein Gedicht verkaufen zu dürfen“ — des Lithographen Wehrt in Braunschweig „12 Hefte Schreibmuster zur Empfehlung an die Schulen.“

Sowie das Protokoll verlesen und genehmigt ist, nimmt Präsident Simson das Wort: Meine Herren! Bei meinem Wiedereintritt in diese hohe Versammlung bitte ich um die Erlaubniß, Ihre Aufmerksamkeit einige Augenblicke für mich in Anspruch nehmen zu dürfen. Die Fortentwickelung der Geschicke Deutschlands, untrennbar an das Dasein und die Wirksamkeit dieser hohen Versammlung gebunden, hat einen unersetzlichen Mann von demjenigen Platze abberufen, den er seit dem Beginne unserer Arbeiten zu unserer hohen Befriedigung unausgesetzt eingenommen hat (Bravo!), und die unwillkommene Nothwendigkeit herbeigeführt, die leergewordene Stelle zunächst für wenige Tage anderweit auszufüllen. Es hat der hohen Versammlung nach einer mehrfach schwankenden Wahl gefallen, in meiner Abwesenheit meinen Namen aus der Urne hervorgehen zu lassen. Ich glaube mich dieser ehrenvollsten Bestimmung in Betracht der eigenthümlichen Lage unserer Gegenwart und in Erwägung des guten und freudigen Muthes, den ich von meiner Mission zurückbringe (Bravo!), nicht entziehen zu dürfen. Ich trete mein Amt in dem oft erprobten Vertrauen auf Ihre Nachsicht für diese wenigen Tage an (Beifall). Mit dem Beginne des neuen Jahres werden Sie zu einer neuen Wahl schreiten. Möchte der Genius unseres Vaterlandes bis dahin abermals einen Theil der Wolken schadlos vorübergeführt haben, die von Zeit zu Zeit unsere große Aufgabe vor unseren eigenen Blicken zu verdunkeln drohen. Möchten wir uns dann alle in dem Bestreben vereinigt finden, diese Aufgabe, die wir begonnen haben, im Sinne der Freiheit, der Ordnung, der Einigung, der Gliederung unseres Vaterlandes zu lösen. (Allgemeiner Beifallszuruf.)

Die Berathung über das Budget wird eingeleitet mit dem Verlesen eines präjudiziellen Antrages von Wiesner, daß die Erledigung der finanziellen Frage ausgesetzt werden möge, bis über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland entschieden sei. Ein fernerer von mehreren Mitgliedern der Linken gestellter Antrag fordert die Erniedrigung einer Reihe von einzeln aufgezählten Gehaltsansätzen. Schulz aus Darmstadt will namentlich die Gehalte der Reichs-Minister und Unter-Staatssecretaire gekürzt sehen.

von Salzwedell erklärt als Berichterstatter der Majorität des Finanz-Ausschusses: Das Budget umfaßt 10,482,766 Gulden bis 1. Januar 1849, die eigentlich von ihnen zu bewilligende Summe beträgt aber nur 217,000 Gulden, wovon überdies ungefähr 117,000 Gulden auf den Aufwand kommen, den die National-Versammlung verursacht. Denn die Kosten für Reichstruppen-Verlegungen, so wie den Ansatz für die Kriegsflotte, haben Sie bereits früher genehmigt, und was die Gelder für die Reichs-Festungen anlangt, so sind dieselben durch die dazu vorhandenen Fonds der Bundeskasse gedeckt. v. Salzwedell hofft daher, daß die Versammlung dem Mehrheits-Erachten des Ausschusses beipflichten werde, nach welchem die Erhebung von 217,456 Fl. 32 Kr. durch Matrikular-Beiträge der einzelnen Bundesstaaten zu genehmigen ist.

Die Minderheit des Finanz-Ausschusses weicht von dem Vorschlage der Mehrheit nur insofern ab, als sie die 25,000 Fl. gänzlich streicht, die für die Untersuchung und Bestrafung der am 16. bis 18. September in Frankfurt begangenen Verbrechen angesetzt sind, während auch die Mehrheit nur einen Theil derselben zu übernehmen anräth. Als Vertreter der Minderheitsmeinung tritt Wichmann auf, der das Benehmen der Frankfurter Behörden und Bürgerwehr während der September-Unruhen einer ziemlich harten Kritik unterwirft, in deren Folge er zu dem Schlusse kommt, es sei hier der alte ehrliche Rechtsgrundsatz anzuwenden: wer die Augen nicht aufthun will, thue den Beutel auf.

Grävell ist für einige Zeit auf der Rednerbühne wohl zu sehen, aber nicht zu hören. v. Bally unterstützt den Antrag der Mehrheit. Die Gehaltsansätze weder der Ministerial-Beamten noch der Hilfssekretaire des Bureau's der Nationalversammlung verriethen irgend welchen Luxus. In Oberschlesien gäbe es Werkmeister, die sich auf 6000 Gulden jährlich stünden.

Eisenstuck: Es ist ein schmerzliches Gefühl für mich, daß wir heute ein Reichs-Budget dekretiren, ohne daß ein Reich vorhanden und ohne daß dem deutschen Volke auch nur ein Kreuzer seiner drückenden Lasten abgenommen ist. Ich kann daher den Ansichten des Ausschusses nur theilweise beistimmen, denn nicht die Größe der zu bewilligenden Summe ist für mich das Entscheidende, sondern ihre Nothwendigkeit. Wir befinden uns, was die Form der gegenwärtigen provisorischen Regierung anlangt, in einer konstitutionellen Monarchie. Mit ihr ist ein „geheimes Kabinet“ unverträglich. Daher beantrage ich zunächst, den Aufwand für das Kabinet des Reichsverwesers zu streichen, die dafür angesetzten 700 Gulden monatlich aber dem Reichsverweser hinwiederum zur Verfügung zu stellen, um die Privatsekretaire, Kanzlisten u. s. w. damit zu bestreiten. Sodann das Institut der Reichskommissaire anlangend, so möchte ich am liebsten zur allereinfachsten Tagesordnung darüber gehen. Für Frankfurt bringt die Anwesenheit der National-Versammlung so enorme materielle Vortheile mit sich, daß 25,000 Gulden Prozeßkosten daneben nicht in Betracht kommen. Der Redner verbreitet sich darauf über Einzelnheiten und findet besonders die Ansätze für das Handelsministerium, wo drei Kollegialräthe erster und sechs zweiter Klasse, ein jeder mit 1500 Gulden monatlich zu besolden sein sollten, unbegreiflich und für jetzt gar nicht zu rechtfertigen. Er wolle hoffen, daß diese neuen Räthe des Handels-Ministeriums nöthig würden nach der zweiten Lesung der Verfassung. Vor der Hand seien drei davon und nicht mehr erforderlich. Es handelt sich diesmal, dem Volke etwas zu nehmen. Verfahren Sie, ich bitte, eben so zähe, als Sie pflegen, wenn Sie ihm etwas zu geben haben.“

Staats-Sekretair Bassermann faßt Eisenstucks Bemerkungen über die Reichskommissäre auf. Der Redner sucht dann einen Maßstab an die Hand zu geben, nach welchem man die den Reichs-Kommissären zu bewilligende Entschädigung gerechter würdigen werde.

Reichsminister der Finanzen von Beckerath zeigt aus dem Vergleiche mit andern Staaten, daß sowohl die Ansätze für die auswärtigen Angelegenheiten, als für das Handelsministerium eher durch ihre Niedrigkeit überraschen sollten, als daß sie hoch genannt werden könnten. Anstatt aber mit drückendem Gefühle, wie Herr Eisenstuck, stehe er mit dem freudigsten vor der Versammlung,

als der erste Reichsminister der Finanzen, der ihr sein Büdget überreiche, und er hofft, das Vaterland solle die Früchte davon ärndten.

Reichsjustizminister v. Mohl gibt einen Ueberblick über seinen weitläuftigen und anstrengenden Geschäftskreis, um damit sogleich einem von den Abgeordneten Joseph früher eingebrachten Antrage zu begegnen, der das Justiz-Ministerium als etwas ganz überflüssiges aufgelöst sehen will.

Auch der Reichshandelsminister Duckwitz läßt sich vernehmen. Es ist kaum einem Ministerium bei einem geringen Personal so viel Arbeit zugemuthet worden, keines hat so viel Schwierigkeiten zu überwinden, als Ihr Handels-Ministerium.

Endlich tritt auch noch der Präsident des Reichsministeriums von Gagern auf:

„Es ist ein großes Mißverständniß, wenn man annehmen wollte, nach dem Worte Kabinet, das in der Aufstellung des Budgets gebraucht ist, und welches der Ausschuß allerdings Recht hatte, in seinem Berichte zu vermeiden, daß ein gegliedertes Kabinet des Reichsverwesers bestehe, welches in die Staatsgeschäfte eingreife. Dies ist mit nichten der Fall. Ich brauche nichts hinzuzufügen, um dem Schrecken vorzubeugen vor dem Begriffe eines besonderen Kabinets, als den Umstand, daß die Person desjenigen, der dieses Kabinet bisher geführt hat, nämlich das Sekretariat des Reichsverwesers, seit der kurzen Zeit seines Hierseins bereits zweimal gewechselt hat und dasselbe gegenwärtig gar nicht besetzt ist. Von einem gefährlichen Einflusse eines solchen Kabinets auf die Verwaltung der Reichsgeschäfte kann also nicht die Rede sein und ich bitte Sie, meine Herren, die Rubrik so zu bewilligen, wie sie vom Ausschusse gestellt ist, denn es möchte nicht angemessen sein, Sr. Kaiserl. Hoheit dem Reichsverweser eine Summe in der Weise zu verwilligen, wie es Hr. Eisenstuck vorgeschlagen hat."

Es wird Schluß der Debatte beantragt. Allein der Schriftführer Jucho will auch das Bureau nicht unvertheidigt lassen, worauf er die Ansätze für die Hülfssekretaire u. s. w. in Schutz nimmt. Dann erwiedert er auf Wichmann's Vorwürfe, Frankfurt sei keine reiche Stadt, denn bei 60,000 Einwohnern habe sie 12 Millionen Schulden.

Für Eisenstucks Antrag in Bezug auf das sogenannte Kabinet des Reichsverwesers erheben sich nur wenige Mitglieder. Andere Anträge fallen theils durch die Abstimmung, theils werden sie von den Antragstellern zurückgenommen. Bewilligt werden hierauf dem Ausschußerachten der Mehrheit gemäß die sämmtlichen nachfolgenden Positionen:

A. Besoldungen der Minister und Unter-Staatssekretaire 46,255 Fl. 33 Kr.; B. Voranschlag für das Kabinet und die Wohnung des Reichsverwesers 23,680 Fl.; C. Voranschlag für die National-Versammlung und den Funfzigerausschuß 116,600 Fl.; D. Voranschlag für das Präsidium des Reichsministeriums und das Gesammtministerium 11,119 Fl. 50 Kr.; E. Voranschlag für das Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten 117,640 Fl.; F. Voranschlag für das Reichsministerium des Innern 21,293 Fl. 20 Kr.; G. Voranschlag für das Reichsministerium der Justiz 13,206 Fl. 40 Kr.; H. Voranschlag für das Reichsministerium des Handels 21,606 Fl. 40 Kr.; I. Voranschlag für das Reichsministerium des Krieges 4,818,010 Fl. 29 Kr.; K. Voranschlag für das Marinedepartement 5,323,000 Fl.; L. Voranschlag der Finanzen 6210 Fl.; im Ganzen 10,518,622 Fl. 32. Fl.

Zugleich pflichtet die Versammlung der Mehrheit des Ausschusses in folgenden Anträgen bei:

Das Büreau des Hauses zu beauftragen, sich sofort mit einer umfassenden Revision des Ausgaben-Budgets für die National-Versammlung zu beschäftigen und jede irgend thunliche Ersparniß vorzusehen.

Die Besoldungen der Reichs-Minister für die Periode bis zum 31. Dezbr. l. J. auf monatlich 1000 Fl., die der Unter-Staats-Sekretaire für dieselbe Periode auf monatlich 500 Fl. und das Fouragegeld des Reichskriegsministeriums auf monatlich 83 Fl 20 Kr. festzusetzen.

Diejenigen Kosten, welche der Stadt Frankfurt durch die von dem Reichsminister der Justiz veranlaßte Zuziehung von Hilfsbeamten in der die Verbrechen und Vergehen des 16. und 18. September l. J. betreffenden Untersuchung entstanden sind, auf die Reichskasse zu übernehmen und das Reichs-Justizministerium zu ermächtigen, den Betrag dieser Kosten in dem nächsten Budget in Einnahme und Ausgabe vorzusehen.

Da obige Ausgabesumme bis auf 217,456 Fl. 42 Kr. bereits gedeckt ist, so schließt die Berathung über das Budget damit, daß die Erhebung dieser Summe durch Matrikularbeiträge und die desfalls vom Reichminister der Finanzen zu erlassende Verordnung genehmigt wird.

Danach wird zur Berathung des Verfassungs-Entwurfes: Art. VI. §. 20. vom Reichstage, geschritten

Zum Beschluß erhoben werden die folgenden Paragraphen:

§. 20. Der Reichstag versammelt sich jedes Jahr am Sitze der Reichs-Regierung. Die Zeit der Zusammenkunft wird vom Reichs-Oberhaupte bei der Einberufung angegeben, insofern nicht ein Reichsgesetz dieselbe festsetzt. Außerdem kann der Reichstag zu außerordentlichen Sitzungen jeder Zeit vom Reichs-Oberhaupte einberufen werden.

§. 21. Das Volkshaus kann durch das Reichsoberhaupt aufgelöst werden.

§. 22. Die Auflösung des Volkshauses hat die gleichzeitige Vertagung des Staatenhauses bis zur Wiederberufung des Reichstags zur Folge. Die Sitzungsperioden beider Häuser sind dieselben.

§. 23. Das Reichsoberhaupt bestimmt das Ende der Sitzungsperiode des Reichstages.

2½ Uhr Nachmittags wird die Sitzung geschlossen.

Frankfurt, den 24. Dec. Wir haben die Rede des Präsidenten Louis Napoleon Bonaparte nach der lithographirten Correspondenz wiedergegeben. Der in derselben vorkommende Passus: „und die unglücklichen Völkerschaften unterstützen können" findet sich in der in den Pariser Blättern wiedergegebenen Rede nicht vor. Die betreffende Stelle lautet nach dem Bericht (im „Journal des Debats") folgendergestalt: „Mit Frieden und Ordnung kann unser Land sich erheben, seine Wunden heilen, die Irregeleiteten wieder zurückführen und die Leidenschaften beruhigen. (O.-P.-A.-Z.)

München, den 19. Dec. Viel Aufsehen erregt ein Hirtenbrief des hiesigen Erzbischofs gegen den Deutschkatholizismus, wovon ein Auszug Ihnen nicht unwichtig erscheinen dürfte. Im Eingang heißt es: „Es sind 3 Monate verstrichen, seit unserem Herzen der unaussprechliche Schmerz bereitet wurde, daß ein mitleidswerther Priester Unserer Erzdiözese den unseligen Entschluß faßte, den Glauben der einzig wahren katholischen Kirche zu verleugnen und sich zum Anführer jener Verirrten zu machen, welche sich zur Ungebühr Deutschkatholiken nennen. Wir haben nicht gesäumt, durch die öffentliche Exkommunikation dieses Unglücklichen die schwere Pflicht unseres öffentlichen Strafamtes zu erfüllen und dadurch unzweideutig kund zu geben, was von jener Empörung gegen die Kirche zu halten sei. Wir haben uns auch die Beruhigung nicht versagt, in die verlassene Gemeinde Ilmmünster zu eilen und dort durch unser Hirtenamt die geärgerten und betrübten Gemeinden aufzurichten und im Glauben zu bestärken. Wir haben endlich die weise Erfahrung jener ehrwürdigen Mitbischöfe berathen, in deren Diözesen dieses Unheil schon früher vorhanden war" rc. „Damit Niemand sich täusche (heißt es weiter) und ungewarnt die Gesetze Gottes und der Kirche übertrete, so erklären Wir hiermit zugleich: 1) daß alle Jene, welche ihren Austritt aus der katholischen Kirche anmelden und bei jenen Irrlehrern eintreten, oder welche, ohne Ersteres förmlich zu thun, das sogenannte Abendmahl der Abtrünnigen genießen, in die Strafe des Kirchenbannes verfallen, aller Gnaden und Sakramente der Kirche Gottes verlustig gehen. 2) Sollte einer der zu dieser Sekte übergegangenen Priester, der den unauslöschlichen Charakter der Priesterweihe, auch wenn er wollte, nicht verlieren kann, die heilige Handlung der Konsekration so zu vollbringen wagen, wie sie die Kirche als zur Wandlung nothwendig vorschreibt, so würde er zwar gültig konsekriren, aber dabei das größte Sakrilegium begehen, und Die, welche aus seiner Hand kommunizirten, würden sich das Gericht und den ewigen Tod essen und trinken u. s. w. 3) Da das heilige Sakrament der Taufe auf dem Glauben an den dreieinigen Gott und an den Erlösungstod des Gottmenschen Christi beruht, welche Glaubenswahrheit jene Irrlehrer verwerfen, so ist im hohen Grade zu befürchten, daß dieselben auch die von dem Heiland für dieses heilige Sakrament eingesetzte Handlung und Worte nicht beobachten werden, und Wir verordnen daher, daß alle von diesen Sektirern getauften Kinder oder Erwachsene, wenn sie später zur Kirche gelangen, bedingungsweise getauft werden sollen, so fern nicht besondere Gründe für die Giltigkeit der Taufe vorliegen." Schließlich mahnt der Erzbischof, den Haß gegen die Sünde nicht auf die Sünder überzutragen, sie nicht persönlich zu kränken und zu beeinträchtigen, vielmehr für die Verirrten zu beten, daß sich Gott ihrer erbarme.

Karlsruhe, den 23. Dec. Dem vaterländischen Verein dahier sind auf seine Aufforderung zu freiwilligen Gaben für den Bau einer Deutschen Flotte bis jetzt über 2000 fl. baar zugegangen, und außerdem von mehreren Seiten Zusagen unentgeltlicher Lieferung von Schiffbauholz gemacht worden, wenn das Project, in Baden ein Kanonenboot zu erbauen, ausgeführt würde. Sachkundige Männer deren Urtheil der Verein eingeholt hat, hegen darüber keinen Zweifel, und bereits wurde an das Reichsministerium des Handels das Ansuchen um Einsendung von Zeichnung und Plänen gestellt und von dort zugesagt. (Karlsr. Z.)

München, den 20. December. Ganz München ist in großer Bewegung. Das Ministerium Lerchenfeld, das in hohem Grade das Vertrauen des Landes hatte, ist gestürzt. Noch sind die Gründe, die den König bewogen haben, unmittelbar vor Eröffnung der Kammern, und gegenüber der diesem Ministerium so überaus günstigen Stimmung, diesen Schritt zu thun, nicht bekannt. Als Nachfolger ist Hr. v. Schrenk bestimmt, derselbe, welcher im vorigen Jahre mit Hrn. v. Abel im Ministerium war. Heintz und Weigand sollen auch zurücktreten. Die nächste Zukunft ist düster: dazu ist heute in allen Kasernen das Militair consignirt, da man bei der eintretenden Erhöhung des Bierpreises Unruhen befürchtet.

Mainz, den 21. Dec. Wegen einer bei Gelegenheit der für Robert Blum im demokratischen Vereine veranstalteten Todtenfeier von Ludwig Bamberger gehaltenen und in der „Mainzer Ztg." veröffentlichten Rede, in welcher Heinrich v. Gagern indirect der Theilnahme an der Ermordung Blum's beschuldigt worden sein soll, wurde vorgestern die gerichtliche Verfolgung der Redacteure der „Mainz. Ztg.", Ludwig Bamberger und Karl Blösche, von der hiesigen Anklage-Kammer für begründet erkannt und die weitere Procedur dem Mainzer Kreisgericht überwiesen. Hiergegen haben die Angeklagten gestern Protest eingelegt. Auf den Ausgang des Processes ist man hier sehr gespannt.

Wien, den 18. Dec. In derselben Sitzung, in welcher der Ungarische Reichstag den Protest gegen den Thronwechsel beschloß, hatte Madaraz, einer der Hauptführer der Ultramagyaren die Thronveränderung als eine reine Transaktion unter den Oesterreichischen Herzogen bezeichnet, welche sich nicht das erste Mal gegen die uralten Rechte der Magyaren verschworen hätten. Auch zur Zeit als Karl VI. durch die pragmatische Sanction das Recht der Thronfolge auf die weibliche Linie ausdehnen wollte, seien in Preßburg gegen das Landhaus Kanonen aufgeführt worden, um jeden Widerspruch unmöglich zu machen. Aber dies Mal solle es ihnen nicht gelingen. Die Nation wache über ihre Rechte und werde jede Verletzung blutig zurückweisen. Von einer Dictatur oder einem Königthum Kossuths (welchen hiesige Blätter bereits als Ludwig IV. ausrufen lassen) war bis dahin nichts bekannt. Uebrigens sind die Ungarischen Zeitungen angefüllt mit den wüthendsten Ausfällen auf die ganze kaiserliche Familie, und durch Verletzung einer jeden Rücksicht ist eine friedliche Heilung des Bruches unmöglich gemacht. In Pesth herrscht ein Siegesvertrauen, welches noch mehr als einst in Wien die demokratische Partei gegen das heraufziehende Ungewitter ganz blind sein läßt.

Man will die Macht Windischgrätz's, welche man sich nicht halb so groß vorstellt als sie wirklich ist, auf dieselbe Art zu Grunde gehen lassen, wie die Napoleons in Rußland zu Grunde gegangen ist.

Prag, den 19. Dec. Oesterreichische Blätter wollen von einem Fürsten-Congresse wissen, welcher in den ersten Wochen des nächsten Jahres in Prag abgehalten werden soll. Die „Const. A. Z." schreibt: Es dürfte nicht unwahrscheinlich sein, daß, (um einen in die Mode kommenden Ausdruck zu gebrauchen) die „Octroyirung" Europas in Prag ihren Centralisations-Punct fände, in so fern von hier aus jene Strahlen ausgehen werden, durch welche das Volk ein Licht für seine nächste Zukunft erhalten soll. Die Nachricht, daß uns ein Fürsten-Congreß bevorstehe, gewinnt mehr und mehr an Glauben; die Zimmer für die Aufnahme des Selbstherrschers aller Reußen (?) werden im Schlosse schon in Bereitschaft gesetzt, und wo unsere Juni-Prätorianer die Kolben fluchend auf das Estrich stießen ꝛc., dort werden im Januar oder Februar 1849 goldbetreßte Livreen hin- und herschweben.

Agram den 14. Dec. Diese Woche machte Kossuth's Partei den schändlichen Versuch, zu gleicher Zeit, sowohl über Friedau als über Essek, eine Horde unter dem Kommando des berüchtigten Jossipovic der Hauptstadt zuzuführen, um diese zu vernichten, alle Gutgesinnten zu vertilgen und so unser friedliches Agram zu einem Convent Kossuths umzugestalten. Der Plan war fein angelegt, doch entging er nicht der Wachsamkeit der Behörden, die noch zur rechten Zeit die Rädelsführer zur Haft bringen ließen.

Semlin, den 14. December. Der Donner der Kanonen drang vorgestern vom Banat bis zu unseren Ohren. Voll banger Ungewißheit sahen wir Nachrichten entgegen. Ein Augenzeuge, der herüberfloh, erzählte, die Magyaren, 20,000 an der Zahl, mit 40 Stück Geschütz, hätten das Alibuvaer Lager gestürmt, und da das Auxiliarcorps unter dem Hauptmann Baraich schwach war und aus treubrüchigen Wallachen bestand, die beim ersten Angriffe die Flucht ergriffen, konnte auch der Lagercommandant Michael Ivanovich, der kaum 3000 Mann und 10 Stück Kanonen hatte, sich nicht lange halten, und sah sich daher gezwungen, das Lager zu verlassen, und sich bis Petrowo Selo zurückzuziehen. Die magyarischen Horden zündeten hierauf zwei schöne Dörfer, Alibuvar und Karlsdorf an. Diese Retirade verbreitete in Pancsova (2 Stunden weit von Petrowo Selo) panischen Schrecken. Jeder besorgte Familienvater rettete eilends seine Familie nach Semlin. Die Semliner, durch das Unglück ihrer Nachbarn zur Theilnahme erregt, eilten mit Fahrzeugen an das banatische Donauufer, um die Verunglückten herüber zu führen. — Diese Katastrophe nahm aber heute eine ganz andere Gestalt an. Die siegestrunkenen Magyaren traten eilig den Rückzug an, denn sie sahen sich plötzlich ganz von den Kaiserlichen Truppen eingeschlossen. Der Obrist der Ulanen, V. Blomberg, hat Werschetz erobert, und zieht vereint mit Temeswarer Truppen gegen jene Magyaren, Kricsjanin bleibt ihnen in dem Rücken und Ivannovich in der Flanke. Am erwähnten Tage unternahmen auch die Magyaren auf Befehl des General Perzel aus Peterwardein auf Karlowitz eine Excursion, wurden aber von Csaikisten und Serbianern gehörig empfangen, und mit bedeutendem Verluste zurückgeschlagen. (Lloyd.)

Ausland.

Frankreich.

Paris, 22. Dec. Nach dem vom Finanzminister abgelegten Status stellt sich die Gesammtvorlage des Budgets für das Jahr 1849 heraus wie folgt: Einnahme: Directe Steuern 426 Mill. 40,014, neue Auflagen: Einkommensteuer, Stempel- und Einschreibegebühren 99 Mill. 229,000, indirecte Steuern und Einnahmen 749 Mill. 025,000, Forsten und Domänen 43 Mill. 351,356, zufällige und außerordentliche Einnahme 91 Mill. 292,234, Amortissement 138 Mill. 854,363, Summa 1547 Mill. 732,667 Frs. Ausgabe: Staatsschuld 455 Mill. 396,796, Dotationen 7 Mill. 858,770, Krieg und Marine 486 Mill 243,460, Oeffentliche Arbeiten 193,809,390, Verwaltung der Ministerien 265 Mill. 824,066, Regie und Erhebung der Gefälle 156 Mill. 522,509, Rückzahlungen, Ausfälle, Prämien 73 Mill. 496,340, zusammen 1639 Mill. 151,331 Frs. Mithin ein Ausfall von 91 Mill, 419,324 Frs. Die unsichere Basis, auf welcher dieser Anschlag beruht, läßt jedoch ein höheres Deficit befürchten, da die Annahme von etwa 100 Mill. neuer Auflagen einerseits, und andererseits die höchst schwankende, durchaus nicht zu bestimmende Angabe von Ersparnissen in der Verwaltung keine sichere Berechnung zuläßt. Außerdem ist die dem Staate durch Aufhebung der Sklaverei erwachsende Mehrausgabe der Entschädigung gar nicht in Anschlag gebracht, deren Abtragung mit dem kommenden Jahre beginnt. Zur Unsicherheit der in Aussicht gestellten neuen außerordentlichen Einnahmen kommt noch der Umstand hinzu, daß vom nächsten Monat April an höchst wahrscheinlich der Minister nur noch die gewöhnlichen laufenden Einnahmen zur Verfügung haben wird. Zur Aufhebung der so drückenden Salzsteuer ist trotz aller Anträge und Vertröstungen vorerst also nicht die geringste Aussicht vorhanden.

Spanien.

Madrid, den 15. Dec. Heute eröffnete die Königin Isabella II. unter dem üblichen Ceremoniell die Sitzungen der Cortes. Die Thronrede, welche mit Beifall aufgenommen wurde, enthält in Bezug auf das Ausland folgende Stelle: Es freut mich, Ihnen anzuzeigen, daß der päpstliche Stuhl seine Verbindungen mit dem katholischen Spanien gänzlich wiederhergestellt hat. Es freut mich ferner, Ihnen mittheilen zu können, daß unsere Verbindungen mit den anderen fremden Mächten eine große Ausdehnung genommen haben. Preußen, Sardinien, Oesterreich und Toscana haben nach einander Gesandte bei mir beglaubigt. Betrübende Ereignisse haben einen Bruch mit England herbeigeführt; doch hege ich das Vertrauen, daß sie eine beiden Nationen würdige Lösung finden werden. Rücksichtlich der Finanzen drückt sich die Thronrede nur unbestimmt aus. — 119 Deputirte waren in der Sitzung zugegen. Seijas Lozano wird allem Anschein nach provisorisch zum Präsidenten der Kammer ernannt werden.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Berliner Börse.

Den 23. December 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	$100\frac{1}{8}$	$99\frac{5}{8}$
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$79\frac{1}{4}$	$78\frac{3}{4}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	$94\frac{3}{4}$	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	$83\frac{1}{2}$	—
Grossh. Posener „	4	97	—
„ „	$3\frac{1}{2}$	$81\frac{1}{2}$	81
Ostpreussische „	$3\frac{1}{2}$	$91\frac{1}{4}$	—
Pommersche „	$3\frac{1}{2}$	—	$90\frac{3}{4}$
Kur- u. Neumärk. „	$3\frac{1}{2}$	—	$90\frac{1}{4}$
Schlesische „	$3\frac{1}{2}$	—	—
„ v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	$92\frac{1}{2}$	—
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{11}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	13	$12\frac{1}{2}$
Disconto	—	—	$4\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien, (voll. e)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	83	—
„ Prioritäts-	4	—	86
Berlin-Hamburger	4	64	—
„ Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	$92\frac{1}{2}$	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	61	—
„ „ Prior. A. B.	4	—	83
„ „ „	5	—	$91\frac{1}{2}$
Berlin-Stettiner	4	—	$89\frac{1}{2}$
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	80	$79\frac{1}{2}$
„ Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$92\frac{1}{2}$
Magdeburg-Halberstädter	4	$113\frac{1}{2}$	—
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	—	$70\frac{1}{4}$
„ Prioritäts-	4	85	—
„ „	5	—	$96\frac{1}{4}$
„ „ III. Serie	5	—	92
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	—	93
„ „ B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Rheinische	—	—	—
„ Stamm-Prioritäts-	4	—	—
„ Prioritäts-	4	—	—
„ „ v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	$4\frac{1}{2}$	50	—
Stargard-Posener	4	70	—

(Mit einer Beilage.)

Inland.

* Posen, den 28. Dec. Daß unter der polnischen Bevölkerung unserer Provinz wieder gewühlt und für noch unbekannte, aber leicht zu errathende Zwecke emsig geschürt wird, geht aus einer im Wielkopolanin enthaltenen Warnung hervor, die gleichzeitig die Natur der Mittel erkennen läßt, durch die man Effekte zu erzielen sucht. In Nr. 25. der gedachten Wochenschrift heißt es:

„Ich theile Euch auch mit, daß Herumtreiber und Vagabonden in den Krügen und Schulzenämtern Briefe über Abgaben und Gehorsam, als wenn sie von unserem Erzpriester und Bischof ausgingen, vertheilt haben. Ich muß Euch sagen, daß das nicht Briefe von unserem Erzbischofe sind, denn dieser heißt Leon, jene Briefe aber sind von Melchior unterzeichnet. Ihr seid also nicht verpflichtet solchen Schriften von fremden Bischöfen Folge zu leisten, nur solchen, die unser Erzbischof Leon erlassen hat."

Wir freuen uns, diesmal mit dem Wielkopolanin nach derselben Richtung hin ausholen zu können, und wünschten nur, daß es den Behörden gelänge, sich über die von den Emissären verfolgten Zwecke nähere Aufklärung zu verschaffen.

— Herr Dr. Hepke, unser für die Deutsche Sache der Provinz so überaus thätige Mitbürger, weilt seit einigen Tagen wieder in unserer Mitte und nahm gestern Veranlassung, in einer zu diesem Zweck berufenen Volksversammlung einige die Deutsche Einheit im Allgemeinen und das Deutsche Interesse unserer Provinz insbesondere gefährdende Punkte zur Sprache zu bringen. Auf seine Anregung wurde zunächst eine Petition an das Staatsministerium beschlossen, um in unserer Provinz eine andere als die von der Provinzialbehörde angeordnete Abgrenzung der Wahlkreise zu erzielen, da letztere das Vorhandensein einer Demarkationslinie vollständig ignorire und dadurch den Wahlen von vorneherein eine das Deutschthum benachtheiligende Richtung gebe. Sodann erörterte Herr Dr. Hepke in einem längern, sehr interessanten Vortrage die Stellung und Gliederung der in Frankfurt agirenden Parteien und knüpfte daran den Nachweis, daß mit dem Ministerium Gagern das Gewicht des Preußischen Einflusses in Deutschland steige und falle. Das Publikum folgte der lichtvollen Auseinandersetzung mit gespannter Aufmerksamkeit; die Debatte und der Beschluß über eine in dieser Angelegenheit nach Frankfurt zu erlassende Adresse wurde auf eine der nächsten Versammlungen vertagt.

CC Berlin, den 26. Decbr. Der Weihnachtsabend hat auch unsern außerhalb ihrer Familie lebenden belagernden Soldaten manche angenehme Bescherung gebracht. Die Königin hat dem Bataillon pommerscher Landwehr im Schlosse einen großen, herrlichen Baum mit Aepfeln, Nüssen und Cigarren daran für jeden angezündet; auch die Bürger, deren Geschäfte seit der Anwesenheit der Soldaten einen merklichen Aufschwung genommen, schickten reichliche Gaben in die benachbarten Casernen.

Auch das geheime Ober-Tribunal soll nicht ohne Christgeschenk bleiben, eben so wenig wie Herr Waldeck. Für das erstere circulirt ein Mißtrauensvotum unter den hiesigen Juristen, für letztern eine Vertrauensadresse unter dem Publicum.

— Dem Inquisitoriats-Direktor Leonhardt, gegenwärtig beim Kriminal-Senat des Kgl. Kammergerichts beschäftigt, ist die Führung der Voruntersuchung gegen diejenigen Abgeordneten der Nationalversammlung, welche außer der Beschlußfassung über die Steuerverweigerung sich noch besonders thätig bei der Verbreitung und Ausführung dieses Beschlusses gezeigt haben, durch Ministerial-Bestimmung übertragen worden. Es hat dies deshalb geschehen müssen, weil sich unter den Abgeordneten dieser Kategorie sehr viele Richter befinden, die auch jetzt noch ein eximirtes Forum haben. So viel steht übrigens fest: der Staatsanwalt gedenkt keineswegs gegen alle Mitglieder der Nationalversammlung, welche überhaupt für die Steuerverweigerung gestimmt haben, einzuschreiten, sondern wird lediglich nur diejenigen verfolgen, welche diesen Beschluß durch Proklamationen und Ansprachen an das Volk, Reisen in die Provinzen zu diesem Zwecke u. s. w. in Kraft zu setzen sich bemüht, und überhaupt eine Thätigkeit für die Verlebendigung des Beschlusses entwickelt haben.

CC Berlin, den 26. Dec. Traue, schaue, Wem! Das ist ein altes Sprichwort und ein wahres Wort, denn hätte das Preußische Volk, als es zum ersten Male die Männer seines Vertrauens nach Berlin sandte, um mit der Krone eine Verfassung zu vereinbaren, erst die Augen aufgemacht und geschaut, wem es vertraut, wem es die schwere Mission der Vereinbarung einer Verfassung übertrug, wahrlich es hätte die Schmach nicht auf sich geladen, welche von nun an in alle Ewigkeit die Bücher der Geschichte ihm zur Last legen werden, die Schmach, daß unter 16 Millionen Menschen nicht 400 Männer waren, welche das Wohl Aller, das Wohl des Staates, dem lieben Ich vorzusetzen im Stande waren, so daß ihr 16 Millionen nun der Gnade verdanken müßt, was der Verstand und der gute Willen der Männer eures Vertrauens, d. h. eurer Selbst, schaffen sollte, aber zu schaffen nicht vermochte. Noch ist es Zeit, noch einmal ist Gelegenheit gegeben, die Schmach, wenn auch nicht zu tilgen, so doch wenigstens wieder gut zu machen. Die neuen Wahlen sind vor der Thür; ihr sollt Männer nach Berlin senden, die das Buch eurer verliehenen Freiheiten berichtigend durchsehen und genehmigen sollen. Die Aufgabe ist nicht geringer wie das vorige Mal, sie fordert mindestens eben so viel Verstand und noch mehr guten Willen. Darum, du Preußisches Volk! vergiß die zweite Hälfte des Sprichwortes nicht: Schaue wohl, wem du vertrauest! und das gilt hinsichts der Wahlmänner eben so wohl, als hinsichts der Abgeordneten selbst. Darum, ihr Urwähler und Wahlmänner, traut diesmal nicht blos euren Ohren; glaubt nicht, was euch der oder jener von sich selbst sagt, oder was euch gesagt wird über ihn, werft einen Blick in sein früheres Leben, in seine Wirthschaft, in seine Taschen. Wer nicht durch sein ganzes vorheriges Leben bewährt hat, daß er das Gemeinwohl über sein eigenes stellt, wer nicht durch die That bewiesen hat, daß er sein Alles zum Opfer bringen kann, wenn es gilt, der Gemeinde oder dem Staate beizuspringen, den wählt nicht, er paßt weder in die erste noch in die zweite Kammer. Wer in seinem eigenen Hause nicht Ordnung zu halten versteht, wer nicht sorgt, daß es vorwärts geht in seiner Wirthschaft, wer zurückgegangen ist durch eigene Schuld in seiner kleinen Wirthschaft, wie sollte der sorgen können und wollen in der großen Wirthschaft des Staats, daß sie vorankomme und nicht rückwärts! Einen solchen wählt weder zum Wahlmanne, noch zum Abgeordneten! Endlich, so ihr Jemand in die Tasche schaut und merkt, daß es ihr eine Wohlthat wäre, wenn täglich 3 Thaler Diäten hineinflössen, noch mehr, wenn es dem Besitzer der klanglosen Tasche eine Wohlthat wäre, auf einige Zeit unverletzlich zu sein gegenüber dem Exekutor oder andern weitreichenden Händen der Behörden, da sehet wohl zu, was ihr thut, ehe ihr den Namen auf den Stimmzettel schreibt. Wir wollen hiermit keineswegs sagen, daß die Herzen nur unter feinen Röcken patriotisch schlagen, aber bei weitem nicht alle tragen einen schlichten, einfachen Kittel, deren Taschen leer sind und gerade diese sogenannten Dickthuer sind die gefährlichsten, weil sie meist schöne, aalglatte Worte zu machen verstehen und euch ein X für ein U gemacht haben, ehe ihr's euch verseht. Ist aber einer unter diesen Armen, der seiner Armuth kein Hehl hat, und den ihr seit lange als einen ehrlichen, gescheidten und wohlmeinenden Mann kennt, da schenkt ihm euer Vertrauen ohne Sorge, nur laßt euch keinen aufschwatzen von Außerhalb, den ihr nicht ganz genau kennt, es empfehle ihn seine eigene Rede oder eines andern Brief. Noch müssen wir warnen vor zweierlei Menschen, das sind die Augendiener, die euch immer nach dem Munde reden, wie ihr's gerade gern hört, heute so und morgen so; und die Zänker, die mit Jedermann streiten und täglich in den Gerichtsstuben oder bei den Advokaten liegen Prozessirens halber. Beide passen sich nicht in eine Versammlung, wo man nur sprechen soll, wie es das Herz will, und wo man nicht zanken darf um leere Worte oder sonstige Kleinigkeiten. Daher seid auch auf der Hut vor den Helfershelfern beim Prozessiren, wir meinen, vor den Advokaten, denn wenn diese Herren auch viel, sehr viel gelernt haben, so daß sie aus Unrecht Recht und umgekehrt machen, und ein Haar in tausend zerspalten können, so meinen wir doch nicht, daß ein solcher Haarspalter-Verstand gerade der ist, welchen ein Volksvertreter haben muß. Wir dürfen da nur in unsere aufgelöste Nationalversammlung zurückblicken und uns die Rechtsgelehrten mit sammt ihrem Wirken vergegenwärtigen. Der Kopf eines Volksvertreters soll nicht zu weit ab sein von seinem Herzen, und darf sich nicht dicker Akten- und Bücherstaub zwischen beide gelegt haben, so daß der erstere immer vernehmen kann, wohin das letztere mit seinem Pochen führen will. Da ist es viel weniger gefährlich, wenn der Verstand einmal so leicht ist, daß das (patriotisch-schlagende) Herz mit dem Kopfe davon läuft. Aber vorkommen darf's auch nicht, doch davon ein ander Mal!

— Professor Dönniges, der Freihandelsfreund, der jetzt am Hofe des Königs von Bayern lebt und dem man die Denkschriften zuschreibt, worin Bayern sich hoch und theuer vermißt, niemals ein deutsches Kaiserthum anzuerkennen, falls Preußen erblich dieses Amt überkäme und nicht an Bayern gleichfalls ein Brosame von Gewalt abfiele, — dieser Herr Dönniges war an der Berliner Universität außerordentlicher Professor. Er hielt sich einige Zeit in Hohenschwangau, auf der mittelalterlichen Burg des Kronprinzen Max, des jetzigen Königs auf. Als er zurückkam, fiel es ihm ein, ordentlicher Professor zu werden. Das Ministerium schlug es ihm ab. Er wandte sich an den König. Dem war die Kabinetspolitik immer zuwider, und er gab das Gesuch den Ministern. Dönniges wurde abgewiesen.

Die deutsche Einheit muß es entgelten. Doch ein „ordentlicher" Professor ist Dönniges auch heute nicht.

— Herr Arago, der, wie sich zu bestätigen scheint, Berlin in Kurzem verlassen und Herrn Cremieux zum Nachfolger erhalten wird, war vorgestern zum Diner bei Hrn. v. Wrangel. Gast und Gastgeber benutzten diesen Anlaß, um einander die Achtung zu erkennen zu geben, auf die sie nach ihrer Stellung Anspruch haben.

Altona, den 22. Decbr. Ueber die Basis der Unterhandlungen in London schreibt die „Deutsche Zeitung" Folgendes: Endlich, nach Monden, ist es so weit gekommen, daß die Friedensverhandlungen zwischen Dänemark und dem Deutschen Reiche in London eröffnet werden sollen. Leider hören wir, daß die Dänen mit Bedingungen auftreten wollen, auf welche Deutschland nicht eingehen kann. Deutschland hat den beschwerlichen Kampf bloß für Holstein's Recht aufgenommen, für das Recht, mit Schleswig zusammenzubleiben ungetheilt. Und nun schlägt Dänemark vor, Schleswig von Holstein zu trennen und als ein völlig selbstständiges Herzogthum bestehen zu lassen. Wir erinnern nur daran, wie empfindlich dadurch nicht nur das Recht, sondern auch das ganze uralte Herkommen in beiden Herzogthümern verletzt werden würde. Von Seiten der Herzogthümer wird dagegen Dänemark etwa der Vorschlag gemacht, das Recht der beiden Herzogthümer, als ein selbstständiger Staat zu bestehen, anzuerkennen, und als Entschädigung für Rechte, welche es dadurch zu opfern glaube, ein wichtiges Zugeständniß anzusehen, welchem man von ihrer Seite geneigt sei. Man wolle nämlich mit Dänemark, dessen Königshaus nur auf vier Augen steht, ein Uebereinkommen treffen über eine gleiche gemeinsame Erbfolge — man winkt dabei auf einen Prinzen aus dem Hause Oldenburg — und damit eine ewige Union zwischen Dänemark und den Herzogthümern errichten. Wenn auch die Erbfolge sich auf diese Weise sollte regeln lassen, so würde Dänemark doch seine eigentliche Absicht nicht erreichen. Diese besteht, so weit sie billig ist, darin, die Dänischen Bewohner des nördlichen Schleswigs an sich zu ziehen und vor der Verdeutschung

zu bewahren. Was darüber hinausliegt, das Kriegsgeschrei: Dänemark bis zur Eider! ist mindestens baare Unvernunft. Dies würde zu einer Theilung führen. Und an sich würde auch eine solche Theilung nach den Volksstämmen in Schleswig wie in Polen das gerathenste sein. Allein weder in Schleswig noch in Dänemark ist augenblicklich die Stimmung für jenes letzte Mittel der Theilung.

Frankfurt a. M., den 23. Dec. 143ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Vorsitzender: Präsident Ed. Simson. Aus Fiume ist ein Flottenbeitrag von 100 Fl. Konv.-M. unmittelbar durch das Handelsministerium eingegangen (Bravo!). Die Herren Reitter, v. Reden, Heinr. Simon, Venedey und Genossen beantragen, 100,000 Abdrücke der Grundrechte, in der Form des Reichsgesetzblattes, zur Vertheilung an die Abgeordneten und durch diese an die Wähler. Wird mit 153 gegen 148 Stimmen genehmigt. Rößler aus Oels will die Grundrechte authentisch in die slawischen Landessprachen übersetzt sehen und behält sich desfallsigen Antrag vor.

Nachdem die Wahlzettel zur Ergänzung des völkerrechtlichen Ausschusses eingefordert sind, wird die fortgesetzte Berathung über den Abschnitt: „der Reichstag", des Verfassungs-Entwurfs eröffnet. Unter Verzicht auf die Diskussion werden angenommen:

Art. VII. §. 24. Jedes der beiden Häuser wählt seinen Präsidenten und die Vice-Präsidenten für sich, eben so die Schriftführer.

§. 25. Die Sitzungen beider Häuser sind öffentlich. Die Geschäfts-Ordnung eines jeden Hauses bestimmt, unter welchen Bedingungen vertrauliche Sitzungen stattfinden können.

§. 26. Jedes Haus prüft die Vollmachten seiner Mitglieder und entscheidet über ihre Zulassung.

Zu dem folgenden Paragraphen bemerkt der Berichterstatter des Ausschusses, Briegleb, vor der Abstimmung, daß die nachfolgende Eidesablegung nicht unerläßlich, sondern bei Mitgliedern einer Religionspartei, denen ihr Bekenntniß eine Eidesleistung verbiete, durch ein einfaches Handgelöbniß ersetzt werden könne.

§. 27. Jedes Mitglied leistet bei seinem Eintritte den Eid: „Ich schwöre, die deutsche Reichsverfassung getreulich zu beobachten und aufrecht zu erhalten, so wahr mir Gott helfe!"

§. 28. Jedes Haus hat das Recht, seine Mitglieder wegen unwürdigen Verhaltens im Hause zu bestrafen und äußersten Falls auszuschließen. Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung jedes Hauses. Eine Ausschließung kann nur dann ausgesprochen werden, wenn die Hälfte sämmtlicher Mitglieder an der Abstimmung Theil nimmt und eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen sich dafür entscheidet.

§. 29. Weder Ueberbringer von Bittschriften, noch überhaupt Deputationen sollen in den Häusern zugelassen werden.

§. 30 Jedes Haus hat das Recht, sich seine Geschäftsordnung selbst zu geben, mit Ausnahme derjenigen Punkte, welche die geschäftlichen Beziehungen beider Häuser zu einander betreffen. Diese werden durch Uebereinkunft beider Häuser geordnet.

Art. VIII. §. 31. Ein Mitglied des Reichstags darf während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Zustimmung des Hauses, zu welchem es gehört, wegen strafrechtlicher Anschuldigungen weder verhaftet noch in Untersuchung gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer That.

§. 32. In diesem letzteren Falle ist dem betreffenden Hause von der angeordneten Maßregel sofort Kenntniß zu geben. Es steht demselben zu, die Aufhebung der Haft oder Untersuchung bis zum Schlusse der Sitzungsperiode zu verfügen.

§. 33. Dieselbe Befugniß steht jedem Hause in Betreff einer Verhaftung oder Untersuchung zu, welche über ein Mitglied desselben zur Zeit seiner Wahl verhängt gewesen, oder nach dieser bis zur Eröffnung der Sitzung verhängt worden ist.

§. 34. Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disciplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

Art. IX. §. 35. Die Reichsminister haben das Recht, den Verhandlungen beider Häuser des Reichstages beizuwohnen und von denselben gehört zu werden.

§. 36. Die Reichsminister haben die Verpflichtung, auf Verlangen jedes der Häuser des Reichstags in demselben zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen.

§. 37. Die Reichsminister können nicht Mitglieder des Staatenhauses sein.

§. 38. Wenn ein Mitglied des Volkshauses im Reichsdienste ein Amt oder eine Beförderung annimmt, so muß es sich einer neuen Wahl unterwerfen; es behält jedenfalls seinen Sitz im Hause, bis die neue Wahl stattgefunden hat.

Da somit der ganze Abschnitt des Verfassungsentwurfes über den Reichstag erledigt ist, so vertagt auf G. Beseler's Antrag die Versammlung ihre Berathung über die Nummern 3 bis 7 der heutigen Tagesordnung auf nächsten Donnerstag den 28. Dezember. Denn, bemerkt Herr Beseler, wenn es auch wünschenswerth sei, die Kontinuität der Sitzungen aufrecht zu erhalten, so werde doch für die erste Berathung nach dem Feste eine möglichst „unschuldige Tagesordnung die allein passende sein und diesem Zwecke entsprächen die unter 3 bis 7 angeführten Gegenstände vollkommen. Vom 28. Dezember sollen die Sitzungen sodann weiter und bis zum 3. Januar vertagt werden.

Das Ergebniß der Wahlen für den volkswirthschaftlichen Ausschuß ist folgendes. Die beziehentliche Stimmenmehrheit haben erhalten die Herren von Schmerling aus Wien, Backhaus aus Jena und Leverkus aus Oldenburg.

Mehrere Mitglieder von der rechten Seite des Hauses reichen eine Verwahrung zu Protokoll ein gegen den Beschluß auf Abdruck und Austheilung der Grundrechte, indem sie die Geschäfts-Behandlung des Gegenstandes als ordnungswidrig rügen und der Versammlung auch, was das Materielle des Beschlusses anlangt, das Recht bestreiten, den Exekutivbehörden vorgreifen zu dürfen.

Die heutige Sitzung wird danach schon vor 12 Uhr Vormittags geschlossen.

München, den 20. Dec. Der König hat am 16. d. M. folgende Orden verliehen: das Großkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael dem Gesandten Grafen Spaur in Rom; das Großkreuz des Civildienstordens der baierischen Krone dem Kardinal-Staatssekretair Antonelli, dann dem Botschafter der französischen Republik in Rom, d'Harcourt, und dem spanischen Botschafter ebendaselbst Martinez de la Rosa; das Kommenthurkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael dem spanischen Legationssekretär d'Arnao. (Sämmtlich bei der Flucht des Papstes betheiligt.)

Wien, den 24. December. Nachdem in der Reichstags-Sitzung vom 21. December die Grundrechte nach dem Entwurf des Constitutions-Ausschusses nebst den Minoritäts-Voten die erste Lesung erhalten hatten, erfolgte nach langen Debatten die zweite Lesung des Kommissions-Antrags über das Ansuchen des Finanz-Ministeriums um Bewilligung eines Kredits von 80 Millionen und wurde schließlich der Antrag der Kommission (des Finanz-Ausschusses) mit der Abänderung angenommen, daß der von dem Ministerium verlangte Kredit nicht, wie der Ausschuß beantragte, auf 50 Millionen beschränkt, sondern vollständig bewilligt werden soll.

— In der Nacht vom 22. — 23. d. M. ereignete sich auf der Oderberger Zweigbahn ein beklagenswerther Unglücksfall, wobei zwei Passagiere das Leben verloren *). Der Posttrain ging zur gewöhnlichen Zeit von der Station Schönbrunn ab, worauf ihm der Lasttrain gleichfalls zur bestimmten Stunde folgte, ersteren jedoch trotz seiner geringeren Geschwindigkeit einholte und durch den heftigen Zusammenstoß oben erwähnten Unglücksfall herbeiführte.

— Die an den Grenzen aufgestellt gewesenen Ungarischen Kommissäre haben gewaltigen Unfug mit Pässen getrieben, und es treiben sich demnach viele Individuen mit falschen Pässen herum. — Die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reform im Oesterr. Medizinalwesen ist von vielen Aerzten dem Ministerium des Innern in einem umfassenden Memoire dargestellt worden. — Einer Deputation von Schullehrern ist die beruhigendste Zusicherung über bevorstehende bedeutende Verbesserung ihres Looses zu Theil geworden.

Agram, den 19. Dec. Ein serbischer Courier, der vorgestern hierdurch nach Wien ging, hat die Nachricht gebracht, daß Moricz Perezel, der bisher Commandant der Dravearmee gewesen, in Peterwardein eingetroffen sei, um dort das Festungs- und Armeekommando zu übernehmen. Die felsenfeste, durch Natur und Kunst fast unüberwindlich gemachte Position der Serben bei Karlowicz ist ihm der größte Dorn im Auge. Er hat geschworen, Karlowicz zu nehmen oder zu sterben.

Aus dem nördlichen Mähren, den 21. Dec. Unsere Grenzbewohner wurden seit einigen Tagen allnächtlich von Ungarischen Räuberhorden überfallen, geplündert und die wehrhaften Männer wo möglich zu Gefangenen gemacht. Bereits fanden mehrere blutige Scharmützel statt. In allen der Grenze nahe liegenden Ortschaften und Städten stehen demzufolge Bauern, Waldjäger, Garden und das vorhandene wenige Militair unter den Waffen, machen fortwährend starke Patrouillen und halten alle Engpässe stark besetzt. Man ist durch die Organisation des Landsturmes auf jeden Einfall der Ungarn gefaßt, und bereit, den kräftigsten Widerstand zu leisten. Noch nie vielleicht war unsere Bevölkerung so kampflustig und todesmuthig wie jetzt. Mit Jubel ziehen die aus allen Ständen zusammengewürfelten Detachements dem Feinde entgegen; unsere sonst idyllische Gegend bekam plötzlich eine kriegerische Physiognomie. In den meisten Orten hält man die Sachen gepackt, um, wenn es Noth thäte, dieselben in das Innere des Landes zu schaffen. — Aus Ungarn kommen fast stündlich Flüchtlinge an, welche gastfreundliche Aufnahme finden. (Lloyd.)

Ausland.

Italien.

— Von Mailand sind tröstliche Nachrichten eingetroffen. Der Belagerungszustand ist aufgehoben, und zehn Personen, welche vor das Kriegsgericht gestellt werden sollten, freigelassen worden. Es soll dies in allen Städten des lombardisch-venetianischen Königreichs stattfinden. Diese Gnadenakte sind zu Ehren der Thronbesteigung des neuen Kaisers erlassen. Am 12. Dezbr. wurde der Marschall Radetzky in dem Theater de la Scala, welches festlich beleuchtet war, und wohin er sich in Begleitung der Erzherzoge Albert, Leopold, Ernst und Sigismund in feierlichem Zuge begeben hatte, mit lebhaften Beifalls-Bezeugungen empfangen. Die „Gazetta di Milano" spricht die Hoffnung aus, daß der Belagerungszustand, welcher ohne Beschränkung aufgehoben ist, in Zukunft nicht wieder werde hergestellt werden, wenigstens nicht, sagt sie, durch die Schuld der Regierung.

*) Nach in Breslau eingegangenen Nachrichten sollen 17 Personen das Leben verloren haben. Anmerk. der Schles. Ztg.